

AG Soziale Sicherungssysteme
PG Umverteilen



© Gina Sanders - Fotolia.com

Geringere Einkommensunterschiede als wirksame Prävention für soziale und gesundheitliche Probleme

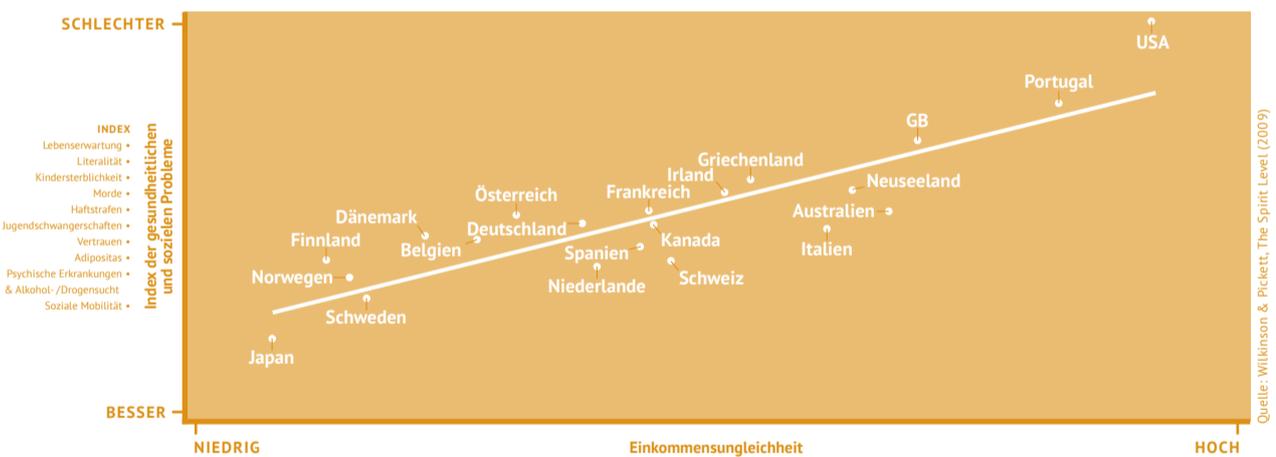
Die weltweite Umverteilung von unten nach oben in den letzten 30 Jahren ist nicht nur eine der wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie führt darüber hinaus innerhalb der betroffenen Gesellschaften zu gravierenden sozialen und gesundheitlichen Problemen, die nicht nur von den britisch-amerikanischen Forschern Richard Wilkinson und Kate Pickett in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen wurden.

Sie spaltet die Gesellschaft, fördert Vorurteile gegenüber ärmeren Menschen und trägt zur Entstehung rechtsradikaler Strömungen und Parteien bei.

Kosten der Ungleichheit – ausgewählte Beispiele

- Niveau des Vertrauens
- Psychische Erkrankungen sowie Alkohol- und Drogensucht
- Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit
- Adipositas (krankhaftes Übergewicht)
- Schulische Leistungen der Kinder
- Teenager-Schwangerschaften
- Selbstmorde
- Zahl der Gefängnisstrafen
- Soziale Mobilität

Den Zusammenhang zeigt die Darstellung der folgenden Grafik, die sich auf einen Index der genannten Variablen bezieht:

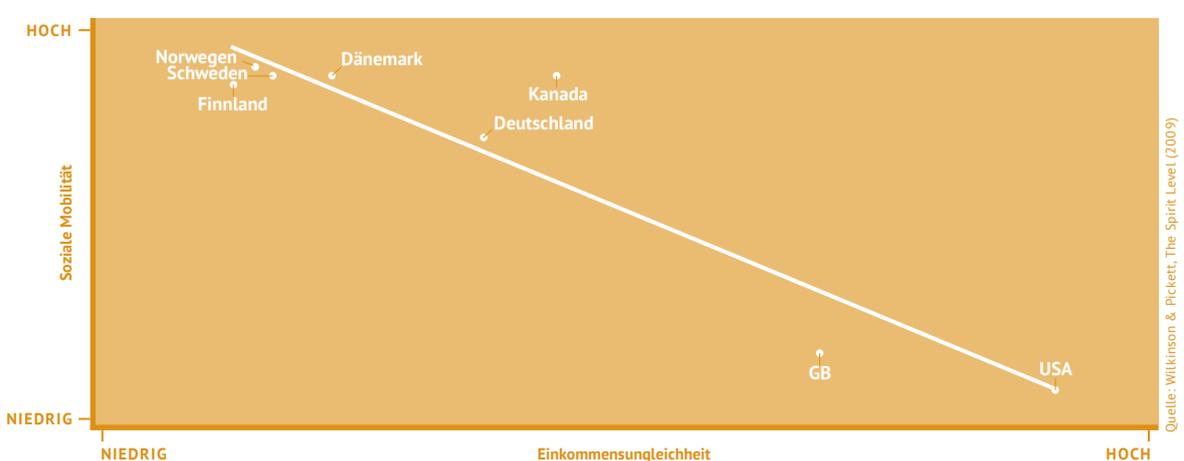


Quelle: Wilkinson & Pickett, The Spirit Level (2009)

Bezogen auf jeden einzelnen gesundheits- und sozialrelevanten Parameter zeigt sich nahezu das gleiche Bild: In fast allen Dimensionen schneiden ungleichere Gesellschaften schlechter ab (geringeres Vertrauensniveau, mehr psychische Erkrankungen, geringere Lebenserwartung ...).

Die Erklärung für diese Unterschiede kann in dem größeren sozialen Druck, der in ungleicheren Gesellschaften herrscht, gesehen werden. Einkommensungleichere Gesellschaften zeichnen sich durch größere Statusunterschiede aus (mehr Dominanz, Unterwerfung, Konkurrenz und Verlust an sozialen Kontakten). Der höhere Statusdruck, der Stress, mithalten zu müssen, sowie die Angst vor sozialer Ausgrenzung, die dadurch entsteht, vor allem aber auch die tatsächlich erfolgenden Ausgrenzungen, können sich dann in den beschriebenen Symptomen äußern, die sich negativ auf Psyche und Gesundheit sowie soziale Faktoren auswirken.

Die nächste Grafik zu den Untersuchungen von Wilkinson und Pickett veranschaulicht dazu einen wichtigen Aspekt: **Soziale Mobilität und Chancen(un-)gleichheit**



Quelle: Wilkinson & Pickett, The Spirit Level (2009)



In gleicheren Gesellschaften wie den skandinavischen Ländern sind die Aufstiegschancen von Menschen aus unteren sozialen Schichten wesentlich höher als in vergleichsweise ungleicheren Gesellschaften wie z.B. den angelsächsischen Ländern. Je größer die Statusunterschiede, desto heftiger wird der Kampf um den Erhalt einer einmal erreichten Position und damit die Abschottung nach unten.

Mit größerer Ungleichheit wachsen deswegen auch die Vorurteile gegenüber sozial Benachteiligten, die auf diese Weise in eine ausweglose Situation gedrängt werden. Hierfür können die Jugendunruhen 2011 in London als Beleg herangezogen werden: Der Kolumnist des rechten Daily Mail, Richard Littlejohn, gibt nur die Mehrheitsmeinung der britischen Mittel- und Oberschicht wieder, wenn er die Aufständischen als „Wolfsrudel von verwilderten Innenstadtstreunern“ bezeichnet, die wie Robben gekeult werden sollten.

Rechtsradikalismus

Von der Diskriminierung sozial Benachteiligter ist der Weg zu rechtsradikalen Tendenzen nicht mehr weit. Es ist deswegen kein Zufall, dass im von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Griechenland rechtsradikale Einstellungen und Aktionen Auftrieb erhalten haben. Flüchtlinge und andere MigrantInnen werden dort zu Sündenböcken für die schlechte Wirtschaftslage gemacht. Bei den letzten Wahlen hat die neonazistische Partei Chrissy Avgi (Goldene Morgenröte) jeweils knapp 7 Prozent der Stimmen erhalten.

Nach dem Vorbild der SA hat sie Schlägertrupps aufgestellt, die als paramilitärische Kampforganisationen Flüchtlinge und andere MigrantInnen terrorisieren (Körperverletzung, Mord, Rauchbomben in Wohnungen).

Deutschland hat zwar (noch) keine starke rechtsradikale oder neonazistische Partei, eine „Neue Rechte“ könnte jedoch aus den nationalistischen und chauvinistischen Kritikern an der EU-Rettungspolitik entstehen, die aus Abweichlern von CDU, FDP, SPD und Freien Wählern besteht. Sie schüren rassistische Vorurteile, wenn sie von „orientalischer Mentalität der Südeuropäer“ oder „faulen Griechen“ sprechen und lenken damit von den tatsächlichen Verursachern und Profiteuren der Krise ab.

Handlungsmöglichkeiten

Spaltungstendenzen lassen sich dadurch am wirksamsten bekämpfen, dass der jahrzehntelange Prozess der Umverteilung von unten nach oben umkehrt wird. Deswegen ist es notwendig, Gegenstrategien zu entwickeln, die für eine gerechtere und gleichere Verteilung von Einkommen und Vermögen sorgen.

Die Möglichkeiten hierzu werden in der folgenden Übersicht zusammengefasst. Drei Wege führen zur Erreichung größerer Einkommensgleichheit:

- **Umverteilung durch höhere Besteuerung hoher Einkommen**
 - **Aufbau einer solidarischen Ökonomie (Wirtschaftsdemokratie), die große Einkommensunterschiede gar nicht erst aufkommen lässt.**
 - **Verbesserung der sozialen Infrastruktur z. B. durch kostenlosen Zugang zu Bildung, Gesundheitsdienstleistungen oder Öffentlichem Personennahverkehr.**
- Zur höheren Belastung hoher Einkommen, die das Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und NGOs durch die Kampagne „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ erreichen möchte, zählt auch die von Attac geforderte „Solidarische Bürgerversicherung“ zur Absicherung der Krankheitsrisikos. Zentrale Forderungen sind:
- **Alle Bürger – auch Wohlhabende, Reiche und Beamte – sind in die Solidargemeinschaft einzubinden; die Versicherungspflichtgrenze ist aufzuheben.**
 - **Beiträge werden ungeschmälert auch auf hohe und höchste Einkommen erhoben; die Beitragsbemessungsgrenze wird damit abgeschafft.**
 - **Alle Vermögenseinkommen aus Geldanlagen, Aktien- oder Immobilienbesitz werden in die Beitragspflicht einbezogen, unter Berücksichtigung großzügiger Freibeträge.**
 - **Die Arbeitgeberseite wird zu einem ergänzenden Wertschöpfungsbeitrag für die Erhebung von Sozialversicherungsabgaben herangezogen. Damit wird diese Abgabe nicht ausschließlich auf die Löhne der Beschäftigten erhoben, sondern auch die Wertschöpfung eines Unternehmens als Bemessungsgrundlage dieser Beiträge genommen. Durch die stärkere Berücksichtigung der Unternehmenseinnahmen wird so die paritätische Finanzierung im Rahmen der Bürgerversicherung erneuert.**

Wenn eine weitere Spaltung der Gesellschaft vermieden werden soll, muss diese Kampagne durch ähnliche Vorstöße für die Bereiche „Wirtschaftsdemokratie“ und „soziale Infrastruktur“ ergänzt werden.

Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites Netzwerk, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. In über 30 Ländern haben sich Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung, aus Kirchen und Gewerkschaften zu Attac zusammengeschlossen. Allein in Deutschland machen schon über 25 000 Menschen mit. Attac streitet für ein faires Welthandelssystem, gegen die Übermacht der Finanzmärkte und gegen die lokale und weltweite Verteilungs-Ungerechtigkeit. Das Netzwerk entwickelt Alternativen für ein solidarisches und umweltverträgliches Miteinander. Attac steht für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams.

Zum Thema „Ungleichheit und ihre Auswirkungen“ arbeiten in Attac verschiedene Arbeitszusammenhänge, so zum Beispiel die Arbeitsgruppe Soziale Sicherungssysteme (www.attac.de/sozsich) und die Projektgruppe Umverteilen (www.attac.de/umverteilen).

Weitere Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M. – Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99 – info@attac.de